

Karsten Giese

Mobilität und Migration in China

Teil 2: Im Zeichen von Reform, Markt und Globalisierung

Gliederung:

- 6 Politische Restriktion und Diversifizierung
 - 6.1 Politisch-ökonomische Rahmenbedingungen 1988-1992
 - 6.2 Krisen, Rückschläge und Aufbruch zu neuen Ufern
 - 6.2.1 Ausweitung und Verstetigung der Binnenmigration
 - 6.2.2 Wirtschaftliche und politische Krisen
 - 6.2.3 Normalisierung und erneutes Wachstum der Mobilität
- 7 Auf dem Weg in die mobile Gesellschaft
 - 7.1 Politisch-ökonomische Rahmenbedingungen 1992-2001
 - 7.2 Diversifizierung der Routen und Ziele, Ausweitung der Mobilität
 - 7.2.1 Regionale Disparitäten und Arbeitsmigration
 - 7.2.2 Restriktionen zur Wahrung sozialer Stabilität
 - 7.2.3 Neue Entwicklungen und Probleme
 - 7.2.4 Der Westen gerät ins Visier
 - 7.2.5 Internationalisierung

6 Politische Restriktion und Diversifizierung

6.1 Politisch-ökonomische Rahmenbedingungen 1988-1992

Inflation und Überhitzung der wirtschaftlichen Entwicklung drohten sich 1988 zur ersten gesamtwirtschaftlichen Krise der Reformperiode auszuweiten. Die chinesische Regierung reagierte mit kurzfristigen Konsolidierungsmaßnahmen wie Einschränkungen der Kreditvergabe. Das Resultat waren die Einstellung von Bauvorhaben und eine Finanzierungskrise der ländlichen Industrie, was wiederum zu umfangreichen Entlassungen ländlicher Arbeiter führte.

In Beijing und anderen Großstädten des Landes entfaltete sich im Mai 1989 die studentische Demokratiebewegung, die schließlich Anfang Juni blutig niedergeschlagen wurde. Die Verhängung des Ausnahmezustands in verschiedenen Teilen des Landes sowie diverse Restriktionen, verstärkte Überwachung und Repressionen waren die Folge. Der Zusammenbruch der osteuropäischen so-

zialistischen Staaten und der Sowjetunion bestärkten die chinesische Führung in ihrer Haltung, China müssten politisch straffe Zügel angelegt werden.

Außenpolitisch zunächst aufgrund der Niederschlagung der Demokratiebewegung isoliert, wurde ein Generationswechsel der Führungselite eingeleitet. Erstmals gelang eine zaghafte politische und deutlich schnellere wirtschaftliche Annäherung zwischen China und Taiwan. Zugleich erfolgte mit der Reise Deng Xiaopings in den wirtschaftlich starken Südosten Chinas, die in der historischen Tradition der Inspektionsreisen chinesischer Kaiser gedeutet wird, eine Bestätigung und in der Folge auch eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Reformkurses sowie eine Stärkung der Rolle der Wirtschaftszone.

Mit der nicht unumstrittenen Entscheidung des Nationalen Volkskongresses für den Bau des Drei-Schluchten-Staudamms am Mittellauf des Changjiang, wurde der Startschuss für das größte Infrastruktur-Einzelprojekt in der neueren chinesischen Geschichte und für umfangreiche Umsiedlungsmaßnahmen gegeben.

6.2 Krisen, Rückschläge und Aufbruch zu neuen Ufern

6.2.1 Ausweitung und Verstetigung der Binnenmigration

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hatten sich zwischen den wichtigen Herkunfts- und Zielregionen Migrationsketten etabliert, die immer größere Zahlen ländlicher Arbeitskräfte aus den Inlandsprovinzen in die Industriezentren im Südosten des Landes sowie in die Regionen Beijing und Shanghai führten. Besonders prägnant stellte sich dieses Phänomen beispielsweise zwischen Sichuan als einer der primären Herkunftsprovinzen von Arbeitsmigranten und Guangdong dar, das unzweifelhaft als wichtigste Zielregion identifiziert werden kann.¹

Neben der stärkeren Etablierung der Migration im Rahmen einer fortschreitenden Diversifizierung der bäuerlichen Familienwirtschaft dürften hier die Anreize in erster Linie von der Entwicklung der Einkommen in Stadt und Land ausgegangen sein. Vom Beginn der zunächst überwiegend den ländlichen Raum und die Landwirtschaft selbst erfassenden Wirtschaftsreformen Ende der siebziger Jahre bis zur Mitte der achtziger Jahre hatte es zunächst den Anschein gehabt, dass sich hier eine langfristige Tendenz zu einer langsamen Angleichung ländlicher und städtischer Einkommen abzeichnete. Diese Tendenz kehrte sich jedoch 1985 wieder in ihr Gegenteil um. Hatten zuvor die ländlichen Pro-Kopf-Einkommen aufholen können, so fielen sie bis 1990 im Verhältnis zu den städtischen Vergleichszahlen auf ein Niveau von 41% und damit unter den relativen Stand von 1978 zurück.²

¹Chan Kam Wing, „Internal migration in China: A dualistic approach“, in: Pieke, Frank N./Mallee, Hein (Hrsg.), *Internal and International Migration. Chinese Perspectives*, Richmond, Surrey 1999, S.60.

²Siehe Tabelle 3.

Tabelle 3: Entwicklung ländlicher und städtischer Pro-Kopf-Einkommen 1978-1990

Jahr	Jahreseinkommen pro Kopf (Yuan RMB)		Verhältnis städtischer zu ländlichen Einkommen	Ländl. Einkommen in % städtischer Einkommen
	Land	Stadt		
1978	134	316	2,36	42
1979	160	377	2,36	42
1980	191	439	2,30	44
1981	223	500	2,24	45
1982	270	535	1,98	50
1983	310	573	1,85	54
1984	355	660	1,86	54
1985	398	749	1,88	53
1986	424	910	2,15	47
1987	463	1021	2,19	46
1988	545	1192	2,19	46
1989	602	1388	2,31	43
1990	630	1523	2,42	41

Quelle: Asano, Yuko, *Effects of The Migration Policy After The Reform on Rural-Urban Income Disparity*, April 1998, via: <http://www.gwu.edu/~econ270/Yuko.htm>, Aufruf: 28.5.2002.

Zwar behielten die voluntaristische Binnenmigration und Landflucht de jure weiterhin ihren temporären Status, doch verstetigte sich die Migration in die Wirtschaftszentren des Landes in einem Maße, das zum Entstehen von quasi-ethnischen Enklaven in den Zuwanderungsregionen führte. Ganze Stadtviertel an der Peripherie oder Vororte von Großstädten wurden zunehmend von zugewanderten Arbeitskräften einer bestimmten Provinz oder gar eines spezifischen Landstrichs innerhalb einer Provinz dominiert. Die bekannteste derartige Ansiedlung dürfte das so genannte „Zhejiang Dorf“ gewesen sein, das, an der Peripherie Beijings gelegen, bis zu seiner Zwangsräumung durch die Behörden der Hauptstadt im November 1995 neben 14.000 Ortsansässigen bis zu 96.000 Migranten fast ausschließlich aus der Region Wenzhou in Zhejiang Unterkunft und Arbeit bot³. Darüber hinaus existierten und existieren in Beijing jedoch weitere quasi-ethnische Enklaven von Migranten aus Henan, Anhui, Xinjiang und auch Zhejiang; auch in Tianjin, Shanghai, Guangzhou und Shenzhen sind derartige Enklaven bekannt.⁴

Die offensichtlich besonders innerhalb der ländlichen Bevölkerung insgesamt angewachsene Bereitschaft zur räumlichen Mobilität machte sich, abgesehen von weiter wachsenden Zahlen von Migranten in den schon beinahe traditionell zu nennenden primären Zielregionen, auch in der Erschließung neuer Migrationsziele und in der schnellen Reaktion auf arbeits- und einkommensversprechende Ereignisse und Entwicklungen in abgelegeneren Landesteilen bemerkbar. Der Verbreitung von Informationen und besonders den Massenmedien kam somit ein stetig wachsender Stellenwert für die Migranten zu. Allein im August 1988 wurden beispielsweise mehr als 130.000 Arbeitsmigranten aus anderen Landesteilen in der Gebirgsregion Da Xing'an Ling in der Nordostprovinz Heilongjiang gezählt, die sich nach umfangreichen Medienberichten über einen verheerenden Waldbrand dort im Zuge der anstehenden Wiederaufforstungs- und Aufbauarbeiten eine Beschäftigung erhofften.⁵ Auch Xinjiang im äußersten Westen und sogar Tibet gerieten als potenzielle Zielregionen zunehmend ins Blickfeld von Migranten,⁶ nicht zuletzt aufgrund migrationsfördernder makroökonomischer und sicherheitspolitischer Strategien des chinesischen Staates.⁷

³Xiang Biao, „'Zhejiang Village' in Beijing: Creating a visible non-state space through migration and marketized traditional networks“, in: Pieke, Frank N./Mallee, Hein (Hrsg.), *Internal and International Migration. Chinese Perspectives*, Richmond, Surrey 1999, S.217-27; Solinger, Dorothy, „Migrant Petty Entrepreneurs and a Dual Labour Market?“, in: Scharping, Thomas (Hrsg.), *Floating Population and Migration in China. The Impact of Economic Reforms*, Hamburg 1997, S.109f.; Wang Chunguang, „Communities of 'Provincials' in the Large Cities: Conflicts and Integration“, in: *China Perspectives*, No.2, 1995, S.17-21; Müller, Barbara, „Migrantengruppen und städtische Nischenwirtschaft: Das 'Zhejiang-Dorf' in Beijing“, in: C.a., 1996/7, S.678-90.

⁴Müller 1996, S.679, 689.

⁵Giese, Karsten, *Landflucht und interprovinzielle Migration in der VR China*, Hamburg 1993, S.55f.

⁶Chan 1999, S.65; Banister, Judith, „China: Internal and Regional Migration Trends“, in: Pieke, Frank N./Mallee, Hein (Hrsg.), *Internal and International Migration. Chinese Perspectives*, Richmond, Surrey 1999, S.78; Giese 1993, S.82f.; Hoppe, Thomas, „Die chinesische Position in Ost-Turkestan/Xinjiang“, in: C.a., 1992/6, S.364.

⁷Hoppe 1992, S.362f.; C.a., 1992/4, Ü 30.

6.2.2 Wirtschaftliche und politische Krisen

Trotz wachsender Organisation in Netzwerken und verbessertem Informationsfluss fanden keineswegs alle Migranten Aufnahme auf dem Arbeitsmarkt der Zielregionen. Bereits seit Mitte der achtziger Jahre existieren daher in den großen Städten so genannte Auffanglager, die in erster Linie mit der Deportation arbeits- und obdachloser ländlicher Migranten befasst sind.⁸ Allein in Guangzhou waren schon 1987 offiziellen Angaben zufolge 20.000 Menschen von diesen Maßnahmen betroffen,⁹ in Beijing waren es im selben Jahr mehr als 25.000.¹⁰ Neben den erheblichen Kosten, die mit der Rückführung der gestrandeten Migranten für die städtischen Behörden verbunden waren, gestaltete sich dieses Unterfangen zunehmend schwieriger, weil die Migranten in wachsendem Maße unwillens zur Rückkehr waren und auch deren Heimatgemeinden wenig Interesse an ihnen zeigten.¹¹

Verschärft wurde diese Entwicklung durch die in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 landesweit eingeleiteten Maßnahmen zur Konsolidierung der überhitzten Wirtschaft.¹² War es insbesondere den ländlichen (Industrie-) Betrieben (*xiangzhen qiye*) der Zentralprovinzen seit Mitte der achtziger Jahre ohnehin nur noch bedingt möglich gewesen, den wachsenden ländlichen Arbeitskräfteüberschuss zu absorbieren, da sich diese Unternehmen aufgrund ihrer vergleichsweise ungünstigen Faktorausstattung im zunehmenden Konkurrenzdruck immer weniger behaupten konnten,¹³ so wirkten sich die Austerity-Maßnahmen in diesem Bereich katastrophal aus. Bis März 1989 mussten 81.000 Betriebe der ländlichen Industrie Konkurs anmelden, ca. 30.000 schrieben tiefe Zahlen.¹⁴ Allein in der Bauwirtschaft, in der ländliche Arbeitsmigranten landsweit bevorzugt tätig waren, verloren im Zusammenhang mit der Konsolidierungspolitik zwischen Ende 1988 und Januar 1989 mindestens fünf Mio. Beschäftigte vom Lande ihre Arbeit.¹⁵

Sowohl die Durchsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen als auch die damit verbundenen Auswirkungen gestalteten sich jedoch von Region zu Region grundverschieden. Während diese Politik die Wirtschaft der Inlandsprovinzen in eine Beschäftigungskrise stürzte, gelang es den ohnehin stärker industrialisierten Küstenregionen und insbesondere der in hohem Maße von privat- und kollektivwirtschaftlichen Elementen und von einem großen Anteil ausländischer Beteiligungen geprägten Wirtschaft der Provinz Guangdong, sich dem Willen der Beijinger Zentralregierung weitgehend zu entziehen und *business as usual* zu betreiben.¹⁶ Aber auch in Guangdong wurde zum Jahresende 1988 eine große Zahl der ca. drei Mio. aus anderen Provinzen stammenden so genannten außer-

planmäßig beschäftigten Arbeiter zugunsten der örtlichen Bevölkerung entlassen.¹⁷

Auch diese nun arbeitslosen Migranten sahen sich gleichzeitig jedoch andererseits einer längerfristig weiterbestehenden großen Nachfrage nach Arbeitskräften in dieser Region gegenüber. Da die Signale somit offensichtlich auf Wiederbeschäftigung gestellt waren, bevor die Arbeitsmigranten zum chinesischen Neujahrsfest in ihre Heimatregionen zurückreisten, kam es unmittelbar nach diesem Fest Anfang Februar 1989 zur bis dato größten Migrationswelle ländlicher Arbeitskräfte aus den Inlandsprovinzen in die Küstenregion Südostchinas.¹⁸ In den Kreis ihrer aufgrund der Konsolidierungspolitik in wesentlich stärkerem Maße von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien zurückgekehrt, wirkten ländliche Arbeitsmigranten zweifellos als Multiplikatoren, die die Migrationsbereitschaft zusätzlich steigern ließen.¹⁹

Für einen Zeitraum von etwa zwei Monaten bestimmten mehrere Millionen ländlicher Arbeitsmigranten, deren nun gegenüber dem Vorjahr stark gewachsene Zahl erstmals in deutlicher Diskrepanz zu der Zahl der offenen Stellen in den Zielregionen stand, das Stadtbild der wirtschaftlich fortschrittlichsten Ballungszentren im Südosten und Nordosten Chinas. Überfüllte Züge und sonstige Verkehrsmittel, unter menschenunwürdigen Bedingungen vor den Bahnhöfen des Landes kampierende arbeitslose Migranten, die nach erfolgloser Arbeitssuche an ihrem primären Zielort ihr Glück nun vermehrt auch an einem sekundären Migrationsziel in einem anderen Landesteil versuchten, verunsicherten sowohl die städtische Bevölkerung, die um ihre Sicherheit fürchtete, als auch die Behörden, die eine Destabilisierung der Lage zu verhindern suchten.²⁰

Von den Ereignissen der von Studenten getragenen Demokratiebewegung in den Großstädten und der blutigen Niederschlagung dieser Demonstrationen Anfang Juni²¹ unterbrochen, setzte eine zweite Migrationswelle im August 1989 ein, die zwar ein geringeres Volumen, ansonsten aber vergleichbare Charakteristika aufwies.²² Ähnliche, primär saisonale Migrationsbewegungen vollzogen sich auch in den Folgejahren,²³ obwohl staatliche Repressionen im Zusammenhang mit der Verfolgung der Teilnehmer der Demokratiebewegung und die Verhängung des Ausnahmezustands in diversen Städten bis Anfang 1990 und darüber hinaus die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung in gewissem Maße beeinträchtigten und die Behörden zusätzlich bemüht waren, die Arbeitsmigration durch administrative Maßnahmen stärker zu institutionalisieren

⁸China News Analysis (CNA), No.1371, 1988, S.2f.; *Beijing Rundschau* (BR), No.36, 1988, S.10f.

⁹Summary of World Broadcast, Part 3, The Far East (SWB FE), No.0241, 1988, B2/1.

¹⁰*Wenhui Bao*, 03.07.1988.

¹¹Giese 1993, S.53f.

¹²C.a., 1988/9, Ü 32; C.a., 1989/2, Ü 29.

¹³CNA, No.1380, 1989:4ff.

¹⁴FBIS, 06.03.1989, S.45f.

¹⁵Chiang Chen-chang, „The Influx of Rural Labor into Mainland China's Major Cities“, in: *Issues & Studies*, Vol.25, No. 2, 1989, S.64; SWB FE, No.0394, 1989, B2/4.

¹⁶Giese 1993, S.226f.

¹⁷Ge Xiangxian/Qu Weiyang, *Zhongguo mingong chao* – „*mangliu*“ *zhenxiang lu* (Die Welle ländlicher Arbeiter in China – die Wahrheit über die „blinde Migration“), Beijing 1990, S.174ff.; Giese 1993, S.58ff.

¹⁸Giese 1993, S.63-96.

¹⁹Skeldon, Ronald, *Population Mobility in Developing Countries*, London/New York 1990, S.179-89.

²⁰Giese 1993, S.63-96.

²¹Cremerius, Ruth/Fischer, Doris/Schier, Peter, *Studentenprotest und Repression in China April – Juni 1989*, Hamburg 1991, S.33-552.

²²Giese 1993, S.97-101.

²³C.a., 1993/12, Ü 31; Schüller, Margot, „Ansturm auf die Städte: Regionalgefälle und Binnenmigration in China“, in: C.a., 1995/6, S.496f.

und zu kanalisieren.²⁴

6.2.3 Normalisierung und erneutes Wachstum der Mobilität

Bis zum Jahr 1992 normalisierte sich das landesweite Migrationsgeschehen wieder, was nichts anderes bedeutet, als dass die Migrationsvolumina der Zeit Ende der achtziger Jahre wieder erreicht bzw. überschritten wurden. Auch die primären Migrationsziele blieben weiterhin bestehen. 1990 anhand von Zensusdaten festgestellt, wählten nahezu 10% aller Migranten Chinas, die ihren Wohnsitz temporär verlegten und sich am Zielort den eigentlich allgemein gültigen gesetzlichen Erfordernissen gemäß auch provisorisch anmeldeten, das Perlflossdelta in Guangdong zum Ziel.²⁵ 1991 ging man in China offiziell von einer Zahl von landesweit ca. 70 Mio. Arbeitsmigranten aus, die, aus den Inlandsprovinzen stammend, primär in den Küstenregionen arbeiteten. Allein in Shanghai wuchs die Zahl der temporären Migranten aus anderen Provinzen von gut einer Mio. 1988 auf mehr als 2,5 Mio. 1993; entsprechend wuchs der Anteil der Migranten an der 13 Mio. Menschen zählenden ständigen Bevölkerung Shanghais.²⁶

Neben den bereits etablierten Hauptmigrationsströmen war Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre eine Diversifizierung der gesamten chinesischen Binnenmigration zu beobachten. Ursprünglich nur sekundäre Migrationsziele gewannen an Bedeutung, und neue Zielregionen in ganz China wurden von einer wachsenden Zahl von Arbeitsmigranten erschlossen. Andererseits rückten Ende der achtziger Jahre auch Migrationsziele im Ausland verstärkt ins Blickfeld von potenziellen Migranten. Diese stammten allerdings in erster Linie aus den Küstenprovinzen, die ihrerseits primäre Zielregionen der Binnenmigranten darstellen. Migranten rekrutierten sich hier zunächst besonders dort, wo bereits eine lang etablierte und lediglich nach der Gründung der Volksrepublik China für einige Jahrzehnte unterbrochene Emigrationstradition bestand. Im Zusammenhang mit dieser Wiederbelebung von Migrationstraditionen, die bis in das 17. Jh. zurückreichen, wird insbesondere im Falle spezifischer Herkunftsregionen Fujians, Guangdongs und in geringerem Maße auch Zhejiangs zuweilen bereits von einer historischen Dritten Emigrationswelle gesprochen.²⁷

In Ermangelung legaler Möglichkeiten zur Niederlassung in den bevorzugten Zielländern wie den USA, Japan

²⁴Müller 1996, S.687; C.a., 1994/1, Ü 13; Ma Xia, „New Trends in Population Migration in China“, in: Scharping, Thomas (Hrsg.), *Floating Population and Migration in China. The Impact of Economic Reforms*, Hamburg 1997:63f.

²⁵Scharping, Thomas/Schulze, Walter, „Labour and Income Developments in the Pearl River Delta: A Migration Survey of Foshan and Shenzhen“, in: Scharping, Thomas (Hrsg.), *Floating Population and Migration in China. The Impact of Economic Reforms*, Hamburg 1997, S.167; *Migration News*, 4/1994, via: http://migration.ucdavis.edu/mn/archive_mn, Aufruf: 28.5.2002; vgl. auch Tabelle 2 in: C.a., 2002/4, S.402.

²⁶Sun Changmin, „Floating Population in Shanghai – A Perspective of Social Transformation in China“, in: Scharping, Thomas (Hrsg.), *Floating Population and Migration in China. The Impact of Economic Reforms*, Hamburg 1997, S.201, 204f.

²⁷Giese, Karsten, *Irreguläre Migration vom chinesischen Festland nach Taiwan*, Berlin 1999, S.422-488; *Migration News* (MN), 12/1999.

oder in Westeuropa, suchten besonders Migranten aus Fujian und Zhejiang in wachsender Zahl und auf unterschiedlichste Weise auch als illegale Einwanderer die gewählten Zielregionen zu erreichen.²⁸

7 Auf dem Weg in die mobile Gesellschaft

7.1 Politisch-ökonomische Rahmenbedingungen 1992-2001

Die Entwicklung der VR China seit 1992 ist geprägt von einer Vertiefung und Ausweitung der wirtschaftlichen Reformen. Die politische Legitimation gibt sich die Kommunistische Partei Chinas mit der Formel vom Aufbau einer „Sozialistischen Marktwirtschaft“. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Ausweitung der Politik der Freigabe von einst festgesetzten Preisen für eine Vielzahl von Gütern und Materialien.

Wurde auf diese Weise beispielsweise der Preis landwirtschaftlicher Inputgüter weitgehend dem Spiel der Marktkräfte überlassen, so galt dies trotz der wachsenden Bedeutung freier Märkte für agrarische Produkte keineswegs im selben Maße. Krisenhafte Entwicklungen im Bereich der Landwirtschaft blieben daher nicht aus. Verstärkt wurden diese noch durch eine weit verbreitete vorübergehende Zahlungsunfähigkeit auf Seiten der staatlichen Ankaufsbüros für Getreide. Bauern sahen sich vielfach der Früchte ihrer Arbeit beraubt und angesichts der weit verbreiteten Praxis ländlicher Verwaltungsorgane, willkürlich lokale Gebühren und Abgaben zu erheben, bald auch wirtschaftlich am Rande des Ruins.

Auf die vielerorts in Reaktion auf diese Entwicklung entbrennenden teils gewaltsam vorgetragenen Proteste der Bauern reagierte die chinesische Regierung mit einem Zehn-Punkte-Programm zur Unterstützung der Landwirtschaft. Dennoch wuchsen und wachsen die Disparitäten hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung, der Einkommen und des Lebensstandards zwischen Stadt und Land sowie zwischen dem Osten und dem Westen Chinas weiter unaufhaltsam an.

Eine gleichzeitig zu beobachtende ernste Krise der chinesischen Finanzwirtschaft, die drastische Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation und eine Rezentralisierung geld- und finanzpolitischer Kompetenzen zur Folge hatte, fachte die innerparteiliche Kontroverse um den richtigen Kurs in der Wirtschaftspolitik weiter an. Den wachsenden Disparitäten zwischen den chinesischen Großräumen versuchte man mit der Einrichtung neuer präferierter Wirtschaftszonen im Inland sowie im Norden und im Westen Chinas zu begegnen.

Auch die Städte waren jedoch nicht vor den negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Reformen geübt. Insbesondere der Umbau des industriellen Staatssektors und die damit verbundene Kommerzialisierung und Privatisierung der Betriebe leiteten einen umfangreichen Abbau der industriellen Belegschaften ein. Der Freistellung unter Verzicht auf Teile des Lohns (*xia gang*) folgten vielfach die Entlassung (*xia hai*) und die finanziell

²⁸Mehr zu diesem Thema in Teil 3.

kaum oder gar nicht abgesicherte Arbeitslosigkeit. Lohn-einbußen, Entlassungen, Zahlungsunfähigkeit von Betrieben und der Verlust sozialer Privilegien durch den Abbau betrieblicher Alimentierung und sozialer Sicherungssysteme führten zu Arbeiterprotesten. Um den sozialen Sprengstoff des antizipierten Anwachsens städtischer Arbeitslosigkeit zu entschärfen, begann die chinesische Regierung mit der Einführung eines beitragsbasierten Sozialversicherungssystems sowie mit der Förderung einer privaten Risiko- und Alterssicherung durch Versicherungen.

Das Streamlining der chinesischen Wirtschaftsstrukturen in dieser Phase diente nicht zuletzt der Herstellung größerer internationaler Konkurrenzfähigkeit im Hinblick auf eine größere Öffnung des chinesischen Marktes für ausländische Anbieter im Rahmen eines liberalisierten Welt-handelsregimes. Schließlich bemühte sich die chinesische Regierung doch verstärkt um einen Beitritt zum GATT bzw. in die WTO.

Der große Übervater der chinesischen Reformpolitik, Deng Xiaoping, starb, und die Weltwirtschaft wurde erschüttert von der Asienkrise. Schien die chinesische Wirtschaft diese Krise zunächst wie ein einsamer Fels in der Brandung kaum beeinflusst zu überstehen und im Gegenteil weiter mit Wachstum glänzen zu können, so mehren sich die Anzeichen dafür, dass China insbesondere im Finanzsektor vor ähnlichen strukturellen Problemen steht wie die anderen asiatischen Länder. So wurde während und nach der Asienkrise in China zwar weiter kräftig der Ausbau insbesondere der Verkehrsinfrastruktur des Landes weitergeführt, die Bevölkerung reagierte jedoch vielfach mit Konsumverzicht und verstärkter Rücklagenbildung. Verstärkt wurde diese Haltung der Bevölkerung insbesondere in den Städten durch den fortgesetzten Abbau sozialer Sicherheit. Nicht zuletzt diese Ausgabenverweigerung veranlasste die Regierung zu einer wundersamen Verlängerung der arbeitsfreien Zeit im Zusammenhang mit gesetzlichen Feiertagen sowie zur Förderung des Inlandstourismus.

1997 erfolgte auch die Rückgabe der britischen Kronkolonie Hongkong (Victoria Island und Kowloon) und ihrer auf 100 Jahre von China gepachteten „New Territories“ unter der Prämisse „Ein Land, zwei Systeme“. Zwei Jahre später wurde auch das bis dahin portugiesisch verwaltete Macau ebenfalls als SAR (Special Administrative Region) wieder in den chinesischen Staat eingegliedert.

Die seit 1998 forcierte Reformierung der Staatsbetriebe ließ die Arbeitslosigkeit weiter wachsen. Zugleich wurden von der chinesischen Regierung Ende der neunziger Jahre die so genannten schwachen Gruppen der Bevölkerung (*ruoshi qunti*) als Adressaten staatlicher Politik entdeckt. Armutsbekämpfung rückte damit auch unabhängig von ihrer lokalen Verortung stärker in das Blickfeld zumindest politischer Reden und Absichtserklärungen. Darin ist eine Reaktion auf die potenziell sozial und politisch destabilisierend wirkenden Effekte sozialer Marginalisierung von Teilen auch der städtischen Bevölkerungen im Zuge des Abbaus von Arbeitsplätzen im Staatssektor zu erkennen.

Als neue groß angelegte Strategie zur Landesentwicklung und zur Überwindung des Entwicklungs- und Wirtschaftsgefälles zwischen Ost- und Westchina verkündete

die chinesische Regierung erstmals Ende 1999 ihre Pläne zum Aufbau des Westens. Auf der Sitzung des Nationalen Volkskongresses 2001 offiziell verabschiedet, beinhaltet diese Strategie in erster Linie den Aufbau von Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur in den westlichen Landesteilen sowie die Schaffung präferenzierter Wirtschaftszonen. Ansonsten setzt man auf Investitionen der Wirtschaft des In- und Auslands in der Westregion, um die zu jeder Gelegenheit gewonnen wird.

Ein ebenfalls 2001 veröffentlichtes Weißbuch zur Armutsbekämpfung stellte ein auf sieben Jahre angelegtes Programm vor, mittels dessen Armut schwerpunktmäßig sowohl regional als auch mit Fokussierung auf bestimmte benachteiligte Gruppen wie ethnische Minderheiten bekämpft werden soll. Die geographische Schwerpunktsetzung des Programms befindet sich im Einklang mit der so genannten „Go West“-Strategie und beinhaltet neben angepassten Förderinstrumentarien zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der armen ländlichen Bevölkerung vor Ort auch die Komponente der Umsiedlung.

7.2 Diversifizierung der Routen und Ziele, Ausweitung der Mobilität

7.2.1 Regionale Disparitäten und Arbeitsmigration

Alle bislang für die Zeit seit dem Ende der siebziger Jahre skizzierten Tendenzen und Entwicklungen der räumlichen Bevölkerungsmobilität und Migration innerhalb Chinas und über dessen Grenzen hinaus setzten sich in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts unvermindert fort oder weiteten sich noch aus.²⁹

Die während der Reformphase bereits erheblich gewachsene und weiter wachsende räumliche Mobilität der chinesischen Bevölkerung ist am deutlichsten anhand der alljährlich während eines Zeitraums von einem Monat vor bis einen Monat nach dem chinesischen Neujahrsfest zu beobachten, welches im Januar/Februar traditionell der Zusammenkunft der erweiterten Familie am Wohnsitz der Eltern dient.³⁰ Offiziellen chinesischen Schätzungen zufolge nutzten bereits Mitte der neunziger Jahre etwa 152 Mio. Menschen diese Gelegenheit zum Besuch ihrer Heimatorte und Familien.³¹ Zu einem sehr großen Teil handelte es sich bei diesen Reisenden um Arbeitsmigranten aus den Inlandsprovinzen, die in der stark industrialisierten Küstenregion beschäftigt sind. Angesichts des regelmäßig unmittelbar nach dem Neujahrsfest eintretenden Verkehrskollaps versuchte man in Guangdong schon Anfang 1994 durch ein offiziell verfügbares befristetes Einstellungsverbot für ländliche Arbeitsmigranten die jährlich einsetzende Zuwanderungswelle einzudämmen.³² Trotz beginnender Förderung des Tourismus wurde dieses ursprünglich nur in Guangdong verfügte Anstellungsverbot im November 1994 von der chinesischen Zentralregierung auch auf die Städte Beijing, Shanghai, Tianjin und weitere Regionen entlang der Küste ausgedehnt und auf die Monate Januar und Februar 1995 befristet; gleichzei-

²⁹ Vgl. Karte 1 in Teil 1.

³⁰ Giese 1993, S.129-36.

³¹ MN, 02/1996.

³² MN, 02/1994.

tig sollte auf die in den genannten Regionen beschäftigten ländlichen Arbeitsmigranten in der Weise eingewirkt werden, dass mindestens 60% von ihnen am Arbeitsort verbleiben sollten, um ein Zusammenbrechen des öffentlichen Fernverkehrs zu verhindern.³³

Sowohl die administrativen Anordnungen als auch gleichlautende Appelle an die Arbeiter ländlicher Herkunft wurden auch in den Folgejahren wieder neu aufgelegt. Am ehesten dürfte zu einer gewissen Reduzierung gerade der Zahlen heimreisender Arbeitsmigranten jedoch die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eingeführte Praxis der chinesischen Verkehrsunternehmen beigetragen haben, die Fahrpreise im zeitlichen Umfeld des chinesischen Neujahrsfestes in Reaktion auf die extrem steigende Nachfrage in Übereinstimmung mit den Regeln des freien kapitalistischen Marktes sowie den ordnungspolitischen Zielvorstellungen der Regierung um ca. 30% zu erhöhen.³⁴ Allerdings waren es auch Anfang 1998 nach Einschätzung des chinesischen Arbeitsministeriums noch immer ca. 37 Mio. von dort geschätzten 50-60 Mio. ländlichen Arbeitsmigranten, die anlässlich des Frühlingsfestes pro Kopf im Schnitt 240 Yuan RMB – insgesamt also fast 90 Mrd. Yuan – persönlich zur Unterstützung ihrer Familien in die Heimatdörfer des Inlands mitnahmen.³⁵

Die Bedeutung der finanziellen Beiträge von Arbeitsmigranten für deren Familien und die Wirtschaft in den ländlichen Heimatkreisen ist angesichts dieser Zahlen kaum zu überschätzen. Zwar nur in einem Kreis im ländlichen Raum der Provinz Sichuan durchgeführt und daher schwer generalisierbar, kam eine Untersuchung bereits 1993 zu dem Ergebnis, dass die Überweisungen von andernorts beschäftigten Migranten mit 138 Mio. US\$ in jenem Jahr den Wert aller in diesem Kreis selbst produzierten Güter (115 Mio. US\$) deutlich überstiegen.³⁶ 1995 in 31 Dörfern der Provinzen Hebei und Liaoning erhobene Daten zeigten, dass jeder Migrant mit durchschnittlich 824 Yuan RMB jährlich zusätzlich zum Familieneinkommen beitrug. Insbesondere im Falle von familiärem Arbeitskräfteüberschuss und einer primär auf die Landwirtschaft ausgerichteten Wirtschaftstätigkeit von ländlichen Familien führten die finanziellen Beiträge von Migranten laut dieser Untersuchung zu einer Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der Migrantenfamilien um 71%.³⁷ Nach chinesischen Schätzungen beliefen sich die finanziellen Transferleistungen aller chinesischen Binnenmigranten an ihre Familien im Jahr 1997 insgesamt auf die enorme Summe von 200 Mrd. Yuan RMB.

Sowohl die durchschnittlichen städtischen Pro-Kopf-Einkommen in Höhe von 2.337 Yuan RMB p.a. 1993 im Vergleich zu 921 Yuan auf dem Lande, als auch Steigerungsrate erstgenannter Einkommen, die mit 10,2% das Dreifache des Wertes für ländliche Einkommen betrug,³⁸

stellten und stellen weiterhin eine erhebliche Pull-Kraft dar. Auch in den Folgejahren hielt diese Entwicklung unvermindert an, vergrößerten sich die ländlich-städtischen ebenso wie die interregionalen Einkommensgefälle weiter: Betrug das bäuerliche Jahreseinkommen nach Erkenntnissen aus dem Jahr 1995 im Schnitt 106 US\$, so verdienten städtische Industriearbeiter im selben Zeitraum durchschnittlich schon 419 US\$.³⁹ In den mit Beteiligung ausländischer Investoren betriebenen Gemeinschaftsunternehmen entlang der chinesischen Südostküste erreichten 1995 die industriellen Arbeitslöhne mit bis zu 100 US\$ im Monat gar das Zehnfache des Lohnniveaus anderer Regionen in der VR China.⁴⁰ Nach Einschätzung der Credit Lyonnais Securities Asia stiegen die Einkommen von den etwa 650 Mio. Bauern der Binnenprovinzen zwischen 1985 und 1997 lediglich um den Betrag von 7 Yuan an,⁴¹ was letztlich zu einem real sinkenden Lebensstandard führte.

Angesichts dieser Einkommensschere, die sich bislang weiter öffnet, wie die neuesten verfügbaren offiziellen chinesischen Zahlen des Jahres 2000 zeigen,⁴² wiederholte sich nun in China offenbar eine Entwicklung, die sich schon Jahrzehnte zuvor in anderen Ländern der Dritten Welt vollzogen hatte und bereits in diesem Zusammenhang von der Migrationsforschung als lediglich scheinbares Paradoxon entlarvt werden konnte – eine fortschreitende Zuwanderung ländlicher Arbeitskräfte in die städtischen Ballungszentren trotz gleichzeitig wachsender städtischer Arbeitslosigkeit.⁴³ So ging man 1993 in China davon aus, dass von etwa 430 Mio. ländlichen Arbeitskräften 112 Mio. unter- bzw. unbeschäftigt waren und bereits mindestens 50 Mio. davon einer Beschäftigung in einer der chinesischen Städte nachgingen, darunter allein 20 Mio. in den küstennahen Wirtschaftszentren im Südosten des Landes.⁴⁴ Trotz einer Arbeitslosenquote, die 1995 für die chinesischen Städte inoffiziell auf 12-20% geschätzt wurde (offiziell 2,8%), und einer dahinter verborgenen Zahl von ca. 35 Mio. städtischen Arbeitslosen sowie einer großen verdeckten Unterbeschäftigung im Staatssektor der Städte,⁴⁵ waren Ende 1995 je nach Quelle zwischen 70 Mio. (chin. Landwirtschaftsministerium) und 100 Mio. (Medienberichte) der nunmehr auf eine Zahl von 150 Mio. geschätzten Arbeitskräfte, die in der chinesischen Landwirtschaft überzählig waren, in die städtischen Ballungszentren abgewandert.⁴⁶ Anfang des Jahres 2002 ging man bereits von einer Zahl von 130 bis 150 Mio. ländlichen Arbeitsmigranten in den großen Ballungszentren Chinas aus und einem kaum verminderten Potenzial aufgrund der unverändert fortbestehenden Unterbeschäftigung im Agrarsektor.⁴⁷ Mehr als 10% der gesamten chinesischen Bevölkerung leben und arbeiten damit gegenwärtig nicht am Ort

³³C.a., 1994/11, Ü 9; MN, 02/1995.

³⁴Persönliche Informationen, Staatliche chinesische Eisenbahn, Shanghai, März 1999.

³⁵MN, 03/1998.

³⁶MN, 08/1994.

³⁷Vgl. De Brauw, A.D./Rozelle, S.D./Taylor, J.E., *Migration and Incomes in Rural China: A New Economics of Migration Perspective*, 3.1.2001, via: http://www.usc.edu/ext-relations/news_service/a.../StudentPapers/FinishedPapers/DeBrauwPaper.html, Aufruf: 28.5.2002.

³⁸MN, 04/1994.

³⁹MN, 03/1995.

⁴⁰MN, 01/1995.

⁴¹MN, 11/2001.

⁴²Siehe Tabelle 4, vgl. auch Tabelle 3.

⁴³Todaro, M.P., „The Urban Employment Problem in Less Developed Countries: An Analysis of Demand and Supply“, in: *Yale Economic Essays*, Fall 1968, S.329-402; Todaro, M.P., *Internal migration in developing countries*, Genf 1976.

⁴⁴MN, 04/1994.

⁴⁵MN, 11/1995.

⁴⁶MN, 02/1996.

⁴⁷MN, 03/2002.

Tabelle 4: Städtische und ländliche Pro-Kopf-Einkommen 2000 – Inter- und intrarregionale Disparitäten

Administrative Region	Verfügbare städt. Jahreseinkommen (Yuan RMB pro Kopf)	Ländl. Netto-Einkommen (Yuan RMB pro Kopf)
Beijing	10350	4605
Tianjin	8141	3622
Hebei	5661	2479
Shanxi	4724	1906
Innere Mongolei	5129	2038
Liaoning	5358	2356
Jilin	4810	2023
Heilongjiang	4913	2148
Shanghai	11718	5596
Jiangsu	6800	3595
Zhejiang	9279	4254
Anhui	5294	1935
Fujian	7432	3230
Jiangxi	5104	2135
Shandong	6490	2659
Henan	4766	1986
Hubei	5525	2269
Hunan	6219	2197
Guangdong	9762	3654
Guangxi	5834	1865
Hainan	5358	2182
Sichuan	5894	1904
Chongqing	6276	1892
Guizhou	5122	1374
Yunnan	6325	1479
Tibet	7426	1331
Shaanxi	5124	1444
Gansu	4916	1429
Qinghai	5170	1490
Ningxia	4912	1724
Xinjiang	5645	1618
Nationaler Durchschnitt	6280	2253

Anm.: Grau unterlegte Felder = Regionen, die offiziell Westchina zugeordnet werden.

Quelle: National Bureau of Statistics, *China Statistical Yearbook 2001*, Beijing 2001 (CD-Rom edition); eigene Berechnungen.

ihrer permanenten Haushaltsregistrierung. Die chinesische Regierung selbst rechnet mit einem weiteren Anwachsen der offiziell so genannten „floating population“ auf mindestens 160 Mio. Binnenmigranten bis zum Jahr 2010.⁴⁸

7.2.2 Restriktionen zur Wahrung sozialer Stabilität

Mit der allgemeinen Ausweitung dieser im chinesischen politisch-rechtlichen Kontext weiterhin als temporäre Arbeitsmigration zu definierenden räumlichen Bevölkerungsmobilität kam es bereits in der ersten Hälfte der neunziger Jahre nicht nur zur verstärkten Teilnahme auch nicht der Han-chinesischen Bevölkerungsmehrheit zuzurechnender Ethnien eher peripherer ländlicher Siedlungsgebiete an dieser Land-Stadt-Wanderung,⁴⁹ die in den urbanisierten Zielregionen aufgrund ihrer Sprache, ihrer Erscheinung und ihrer Gewohnheiten noch stärker als Fremdkörper empfunden wurden als die Han-chinesischen Migranten vom Lande. Immer öfter ereigneten sich auch zum Teil gewalttätig vorgetragene öffentliche Protestaktionen von Wanderarbeitern gegen behördliche Repressalien und schlechte Behandlung durch Arbeitgeber in den Zielregionen.⁵⁰ Kaum mehr zu übersehen war im Stadtbild urbaner Zentren nun auch die Präsenz von Bettlern und Obdachlosen teils ländlicher Herkunft.⁵¹ Hinzu kam eine, von Seiten städtischer Behörden und in den Medien vielfach primär ländlichen Zuwanderern zugeschriebene, wachsende Kriminalitätsrate in den Großstädten Chinas.⁵² Kurz und gut, ländliche Migration und Migranten wurden von der städtischen Wohnbevölkerung ebenso wie von den politisch Verantwortlichen in den chinesischen Großstädten zunehmend als Bedrohung des sozialen Friedens und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahrgenommen. Nur allzu verständlich ist daher angesichts des zeitgleichen Zerschlagens der „Eisernen Reisschale“ im städtisch-staatlichen Industriesektor der Ruf nach stärkerer staatlicher Regulierung der Arbeitsmigration im Sinne eines Schutzes des städtischen Arbeitsmarktes vor der ländlichen Konkurrenz.⁵³

Vorreiter in dieser Sache war die Stadtregierung von Shanghai, die anordnete, jede Neueinstellung von Arbeitskräften hätte beginnend mit dem Jahr 1994 ausschließlich über die städtischen Arbeitsämter zu erfolgen, und Arbeiter mit ständigem Wohnsitz (*hukou*) in der Stadt wären denen aus anderen Regionen grundsätzlich vorzuziehen.⁵⁴ Nach weiteren regional begrenzten Initiativen fand Mitte 1995 erstmalig eine Konferenz auf nationaler Ebene statt, in der diese Thematik im Mittelpunkt stand. Erstmals wurde ein Maßnahmenkatalog für das ganze Land verabschiedet, der von der verstärkten polizei-

lichen und melderechtlichen Kontrolle der Migranten unter Einbeziehung der städtischen Nachbarschaftskomitees über einen seitens Migranten selbst zu erbringenden Nachweis über die Einhaltung der Familienplanungsvorschriften bis hin zu sozialen Minimalstandards im Rahmen einer Beschäftigung von legalen Arbeitsmigranten reichte.⁵⁵ In 26 Provinzen wurden daraufhin bis Ende 1997 politisch-administrative Führungsgremien zur Kontrolle der ländlichen Arbeitsmigranten eingerichtet, deren Aufgabe es war, dafür zu sorgen, dass jeweils nur so viele Arbeitskräfte in die Boomregionen der Südküste abwanderten, wie die dortigen Arbeitsmärkte tatsächlich auch aufnehmen konnten.⁵⁶ Gestärkt werden sollte insbesondere die Durchsetzung spezifischer Bestimmungen des in den fünfziger Jahren eingeführten und weiterhin gültigen chinesischen Haushaltsregistrierungssystems, welche ländlichen Arbeitsmigranten eine – kostspielige – temporäre Registrierung in einer Stadt ermöglichen,⁵⁷ sofern diese eine Abwanderungsgenehmigung des Heimatkreises, ein dort ausgestelltes Personaldokument, eine Bestätigung des Familienstandes und der Einhaltung der staatlichen Bestimmungen zur Geburtenkontrolle, eine städtische Arbeitserlaubnis sowie einen Arbeitsplatz und eine Unterkunft gemäß gültiger Mindeststandards nachweisen können.⁵⁸

Trotz zentralstaatlicher Koordinierung waren all diesen Restriktionen und administrativen Lenkungsmaßnahmen Erfolge im Sinne einer Beschränkung der Bevölkerungsmobilität nur in sehr bedingtem Maße beschieden. Angaben der chinesischen Regierung selbst zufolge besaßen auch 1996 nicht mehr als gut 50% der – nach konservativen Schätzungen – landesweit damals ca. 80 Mio. Wanderarbeiter eine temporäre Haushaltsregistrierung am Arbeitsort.⁵⁹ Dem anhaltenden Zustrom ländlicher Arbeitskräfte insbesondere in die inzwischen ebenfalls in wachsendem Ausmaß von offener und verdeckter Arbeitslosigkeit betroffenen urbanen Konglomerate konnte auf diese Weise jedenfalls kaum Einhalt geboten werden.⁶⁰

Den Schutz der städtischen Arbeitskräfte vor der zugewanderten ländlichen Konkurrenz im Blick, erließen Beijing, Shanghai sowie weitere Städte ein Arbeitsverbot für Migranten in mehr als 20 Berufen und Beschäftigungsfeldern, insbesondere im Dienstleistungssektor, der verstärkt städtische Arbeitslose aufnehmen sollte; ausgenommen blieb lediglich die Bauwirtschaft,⁶¹ die nach wie vor in einem erheblichen Maße auf die Beschäftigung ländlicher Migranten angewiesen ist.⁶² Da diese Verbote von vielen Unternehmen jedoch ignoriert wurden und man die im Falle der Zuwiderhandlung angedrohten Geldstrafen in Kauf nahm,⁶³ ging man in den Hauptzielorten ländlicher Migranten seitens der zuständigen städtischen Behörden in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in wachsendem Maße zu Razzien und anschließenden Deportationen nicht regulär registrierter Personen über.⁶⁴

⁴⁸MN, 12/2001.

⁴⁹MN, 07/1995.

⁵⁰MN, 02/1996.

⁵¹MN, 02/1998.

⁵²C.a., 1994/11, Ü 8; C.a., 1997/12, Ü 26; Sun Changmin, „Floating Population in Shanghai – A Perspective of Social Transformation in China“, in: Scharping, Thomas (Hrsg.), *Floating Population and Migration in China. The Impact of Economic Reforms*, Hamburg 1997, S.215.

⁵³C.a., 1994/1, Ü 13; C.a., 1993/12, Ü 30.

⁵⁴C.a., 1993/12, Ü 31.

⁵⁵C.a., 1995/7, Ü 9.

⁵⁶C.a., 1997/12, Ü 26.

⁵⁷MN, 01/1995; MN, 02/1996.

⁵⁸MN, 06/1994; C.a., 1996/4, Ü 3.

⁵⁹C.a., 1995/7, Ü 9; C.a., 1996/4, Ü 3.

⁶⁰MN, 05/1996; MN, 10/1996; MN, 03/1998; MN, 09/1998.

⁶¹C.a., 1998/1, Ü 27.

⁶²MN, 02/1996.

⁶³MN, 02/1998.

⁶⁴C.a., 1998/1, Ü 27; C.a., 1999/5, Ü 20; MN, 12/1999; SCMP,

Besonders häufig wird über derartige *Säuberungsaktionen* im Vorfeld symbolträchtiger Jahrestage oder politischer Ereignisse berichtet. Der 50. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China war ein solches Datum, aus dessen Anlass nach chinesischen Berichten ca. 300.000 Migranten aus der Hauptstadt Beijing ausgewiesen wurden.⁶⁵

7.2.3 Neue Entwicklungen und Probleme

Nicht allein die Zahl der nach offizieller chinesischer Diktion unautorisierten Zuwanderer in die Städte war es jedoch, was den Behörden zunehmend Kopfschmerzen bereitete. Da sich die Aufenthaltsdauer ländlicher Arbeitsmigranten in deren städtischen Zielorten zunehmend erhöhte und sich ihr Aufenthalt damit verstetigte,⁶⁶ wuchs und wächst auch die Zahl derer, die mit ihrem Ehepartner und nicht zuletzt auch mit ihren Kindern migrieren. 1997 schätzte man die Zahl der schulpflichtigen Migrantenkinder landesweit offiziell auf ca. 20 Mio.⁶⁷ Darüber hinaus wurden allein zwischen Januar und September 1997 auf den Straßen von 15 chinesischen Großstädten ca. 100.000 aus ländlichen Regionen stammende Kinder ohne Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten angetroffen.⁶⁸ Bestand ursprünglich zunächst die Vorschrift, allein die Schulen in den Heimatkreisen ihrer Eltern seien für die Unterrichtung dieser Kinder zuständig,⁶⁹ so sollen sie nun seit 1998 auch von städtischen Schulen als so genannte Gastschüler aufgenommen werden, was primär aus Kostengründen allerdings weder bei den städtischen Behörden noch bei den Migranten selbst auf große Zustimmung stößt und so eine nicht unbeträchtliche Herausforderung für die landesweite Durchsetzung der neunjährigen allgemeinen Schulpflicht darstellt.⁷⁰

Insgesamt gilt es der chinesischen Regierung nach wie vor, das Volumen der Migration vom ländlichen Hinterland in die Städte des Ostens zu begrenzen, da angesichts steigender städtischer Arbeitslosigkeit erhebliche soziale Spannungen befürchtet werden. Die Förderung und die angestrebte Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten in der ländlichen Industrie der Herkunftsregionen der Migranten⁷¹ dürfte sich jedoch zumindest kurzfristig kaum in der erhofften Weise positiv auf das Migrationsvolumen auswirken, da sich beispielsweise 1996 allein 55% aller derartigen Betriebe ausgerechnet in der Küstenregion befanden,⁷² die ja ohnehin schon primäres Zielgebiet innerchinesischer Migration ist. Auch eine weitere Ausweitung des bereits seit Jahrzehnten aktiv betriebenen Exports von Arbeitskräften⁷³ dürfte angesichts eines Volumens von ca. 200.000 Arbeitern und weiteren mehreren

10.000 so genannter chinesischer Trainees, die sich Mitte der neunziger Jahre im Ausland befanden,⁷⁴ kaum zu einer nennenswerten Entlastung des chinesischen Binnenarbeitsmarktes führen.

Anfang Oktober 2001 machte das Wort von einer Reform des chinesischen Systems der Haushaltsregistrierung die Runde. Chinesischen Berichten zufolge sollten damit zumindest Teile der seit 1958 gültigen Beschränkungen für eine Verlegung des Wohnsitzes vom Land in die Stadt wegfallen. Sollten die 130-150 Mio. ländlichen Migranten in Chinas Städten in dem Zusammenhang auf eine Legalisierung und damit verbundene Stärkung ihrer Position in ihrer städtischen Umwelt gerechnet haben, wurden sie jedoch schnell enttäuscht. Im Rahmen dieser Reform ordnete die chinesische Regierung lediglich an, ca. 20.000 kleinere Städte landesweit sollten die städtische Haushaltsregistrierung (*hukou*) für Migranten öffnen, sofern diese einen legalen Wohnraum sowie eine feste Einkommensquelle nachweisen können. Ausdrücklich von diesen Reformen ausgenommen blieben jedoch alle chinesischen Großstädte und Ballungsräume, die als Hauptzuwanderungsregionen ländlicher Migranten gelten. Eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus der von der Stadtregierung mit 820.000 angegebenen Langzeit-Arbeitsmigranten ohne städtischen *hukou* und der ungezählten temporären Migranten in Beijing ist demnach weiterhin ausgeschlossen.⁷⁵ Nicht anders stellt sich die Situation in Shanghai dar, dessen Bevölkerung von etwa 15 Mio. Menschen Ende 2001 nach Angaben des städtischen Statistikbüros einen Anteil von immerhin 3,8 Mio. Migranten aufwies, die zu 80% bereits länger als sechs Monate in der Stadt lebten.⁷⁶

Dennoch erscheint auch der chinesischen Regierung eine Reform des de facto längst außer Kraft gesetzten Haushaltsregistrierungssystems mit seiner Unterscheidung nach städtischen und landwirtschaftlichen Haushalten dringend geboten. So war dem Entwurf des Zehnten Fünfjahresplans 2001-2005 im Hinblick auf den Abbau von Hindernissen für die angestrebte weitere Urbanisierung des Landes die folgende Absichtserklärung zu entnehmen:

We should break barriers between urban and rural areas, and gradually establish a new relationship between urban and rural areas under the market economy system. The urban household registration system should be reformed and a mechanism ensuring an orderly flow of urban and rural population should be formed; irrational restrictions preventing rural labor forces from entering cities and towns to find jobs should be abolished. Guidance should be given to surplus labor forces in rural areas to ensure an orderly flow of labor forces in urban and rural areas as well as between regions.⁷⁷

Es ist angesichts dieses Zitats jedoch nicht davon auszugehen, dass das restriktive Haushaltsregistrierungssystem in absehbarer Zeit ersatzlos gestrichen werden könnte.

2.11.1999.

⁶⁵MN, 11/1999.

⁶⁶C.a., 1998/3, Ü 26; C.a., 1999/5, Ü 20.

⁶⁷C.a., 1997/12, Ü 26.

⁶⁸MN, 02/1998.

⁶⁹C.a., 1998/3, Ü 26.

⁷⁰C.a., 1998/10, Ü 11.

⁷¹C.a., 1997/12, Ü 26.

⁷²MN, 02/1998.

⁷³Wang Shengjin, „China's Export of Labor and Their Management“, in: University Research Center, Nihon University, *The 15th Nihon University International Symposium: Work and Family Life of International Migrant Workers, December 5.-7., 1994*, Tokyo 1994, S.3/1/1-3/1/23.

⁷⁴MN, 02/1995; MN, 10/1996.

⁷⁵MN, 01/2002.

⁷⁶MN, 12/2001.

⁷⁷Office of the Premier, State Council of the PRC, *Outline of the 10th Five-Year National Economic and Social Development Plan of the People's Republic of China (Draft)*, Beijing, 5.3.2001, zitiert nach: BBC PF, 16.3.2001.

Vielmehr ist mit einem graduellen Wegfall erst zu rechnen, wenn andere – und effektivere – Kontroll- und Lenkungs-instrumentarien zur Verfügung stehen werden.

7.2.4 Der Westen gerät ins Visier

Da die Hauptmigrationsrichtung von Westen nach Südosten aus den vorwiegend landwirtschaftlich strukturierten ärmeren Provinzen Zentral- und Westchinas in die reiche, industrialisierte und export- und außenwirtschaftlich orientierte Küstenregion führt,⁷⁸ wird eine forcierte Entwicklung peripherer westlicher Regionen Chinas als langfristig erfolgversprechend angesehen. Von dem Vorhaben, ausländische Investitionen aus der Küstenregion nach Zentral- und Westchina umzulenken⁷⁹ sowie der bereits im Neunten Fünfjahresplan (1996-2000) vorgesehenen Politik der Wirtschaftsförderung und verstärkter staatlicher Investitionen dort, sind ebenfalls eher langfristige strukturelle Wirkungen zu erwarten, die sich angesichts weiteren Wachstums im Osten Chinas – wenn überhaupt – frühestens ab 2010 bemerkbar machen dürften.⁸⁰ Die zentralstaatlichen Infrastrukturausgaben, die 1998 nach offiziellen chinesischen Angaben zu 62% nach Zentral- und Westchina flossen, und auch die im selben Jahr 15% über dem Wert für die Ostprovinzen liegenden Anlageninvestitionen und weitere staatliche Finanzmittel⁸¹ dürften in erster Linie dem wasserwirtschaftlichen Mammutprojekt des Drei-Schluchten-Staudamms zugute gekommen sein. Aus heutiger Sicht ist festzustellen, dass aus bisherigen staatlichen Investitionsinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung der riesigen Westregion bislang wenig Erfolge resultierten.

Und doch ist seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre ein wachsender Zustrom von Migranten auch in die Grenzregionen des Westens und Südwestens festzustellen. Waren es anfangs in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunächst noch Händler (vielfach aus Zhejiang), die mangelhaft entwickelte interne Warenströme und neue Möglichkeiten des kleinen Grenzhandels nutzten,⁸² folgten diesen schnell auch Handwerker oder auch Betreiber von Restaurantbetrieben (vielfach aus Sichuan) nach Xinjiang, Tibet und Yunnan nach.⁸³

Insbesondere über die Migration nach Tibet ist relativ wenig bekannt. Während tibetische Exilorganisationen und internationale Menschenrechtsorganisationen von einer staatlich geplanten bzw. aktiv geförderten und auf Seiten der chinesischen Zentralregierung gewünschten Zuwanderung von Han-Chinesen nach Tibet sprechen und die zunehmende Dominanz dieser Zuwanderer insbesondere in den tibetischen Städten kritisieren, schwankten

regierungsamtliche chinesische Angaben Mitte der neunziger Jahre zwischen 18.000 und 79.000 Migranten aus dem chinesischen Kernland unter 2,4 Mio. Tibetern.⁸⁴ Allerdings beliefen sich inoffizielle Zahlen für denselben Zeitraum auf ca. 150.000 Han-Migranten, die sich als Händler und Arbeiter temporär und in der Regel jeweils nicht länger als einige Jahre in den tibetischen Städten, insbesondere in Lhasa, aufhielten, weil beispielsweise die Löhne dort aufgrund eines Härtezuschlags das Vierfache vergleichbarer Einkommen im übrigen China erreichten.⁸⁵ Auf's Jahr gerechnet sollen hier Löhne 87% über den im chinesischen Kernland für vergleichbare Tätigkeiten gezahlten Summen liegen.⁸⁶

Von der chinesischen Regierung werden von Seiten tibetischer Exilorganisationen oder ausländischer Unterstützerguppen erhobene Vorwürfe nach einer aktiven Ansiedlungspolitik von Han-Chinesen in Tibet als dem Reich der Phantasie angehörig abgewiesen. Die offizielle Zahl der in Tibet lebenden Han-Chinesen belief sich demnach auch um die Jahrtausendwende lediglich auf gut 80.000 Personen oder 3,7% der Bevölkerung der Autonomen Region Tibet. Ebenso wie die von ausländischen Tibetinitiativen benannten Schätzungen, die zum selben Zeitpunkt von 250.000 bis 300.000 Han-Chinesen ausgingen, sind jedoch auch die offiziellen chinesischen Zahlen insgesamt wenig aussagekräftig. Zunächst werden die in Tibet stationierten Militäreinheiten in die entsprechenden Bevölkerungsstatistiken grundsätzlich nicht mit einbezogen, obgleich deren Stärke je nach Quelle bereits für die frühen neunziger Jahre mit einer Zahl zwischen 50.000 und 200.000 Mann angegeben wird.⁸⁷ Hinzu kommt, dass auch in Statistiken zu Tibet die aus temporären Migranten bestehende so genannte „floating population“ unberücksichtigt bleibt, weil sie in Tibet selbst keine Haushaltsregistrierung vornehmen.⁸⁸ Schon 1998 sollen Behördenvertreter den Anteil nicht registrierter temporärer Migranten an der Bevölkerung der Stadt mit etwa einem Drittel beziffert haben.⁸⁹

Inzwischen ist die seit Ende der neunziger Jahre deutlich sichtbare Dominanz von zugewanderten Han-Chinesen in den tibetischen Städten unbestritten und mittlerweile auch unübersehbar. Han-chinesische Zuwanderer haben insbesondere die Zentren der wenigen tibetischen Städte vereinnahmt und entfalten hier ihre wirtschaftlichen Aktivitäten besonders im Hotel- und Restaurantgewerbe sowie im Handel aber verschiedenen Berichten zufolge dominierend auch in anderen Gewerben und in der Industrie.⁹⁰ Offizielle chinesische Zahlen und Untersuchungen liegen nicht vor. Ausländische Tibetgruppen gehen jedoch davon aus, dass 2001 die Bevölkerung von Lhasa bereits zu mindestens 70% aus Migranten aus anderen Teilen Chinas bestand.⁹¹

⁷⁸Giese 1993; Schüller, Margot, „Ansturm auf die Städte: Regionalgefälle und Binnenmigration in China“, in: C.a., 1995/6, S.498; vgl. auch Tabelle 2 u. Karte 1 in Teil 1).

⁷⁹MN, 02/1996.

⁸⁰Schüller, Margot, „Die Schattenseiten des chinesischen Wirtschaftswunders: Regionales Entwicklungsgefälle und Armut“, in: C.a., 1997/2, S.138f.

⁸¹C.a., 1999/6, Ü 20.

⁸²Liu, Alan P.L., „Economic Reform, Mobility Strategies, and National Integration in China“, in: *Asian Survey*, Vol.31, No.5, 1991, S.399; Müller 1996, S.680.

⁸³Giese 1993, S.82ff.; Persönliche Informationen, Stadtregierung Ruili, September 1992, Stadtregierung Urumqi, September 1993, Stadtregierung Lhasa Oktober 1993.

⁸⁴MN, 10/1995; MN, 04/1996; MN, 05/1996.

⁸⁵MN, 05/1996.

⁸⁶International Campaign for Tibet, *Chinese Population Influx Into Tibet*, 10.9.2001, via: <http://www.savetibet.org/News/News.cfm?ID=142&c=27>, Aufruf: 28.5.2002.

⁸⁷Vgl. International Campaign for Tibet 2001.

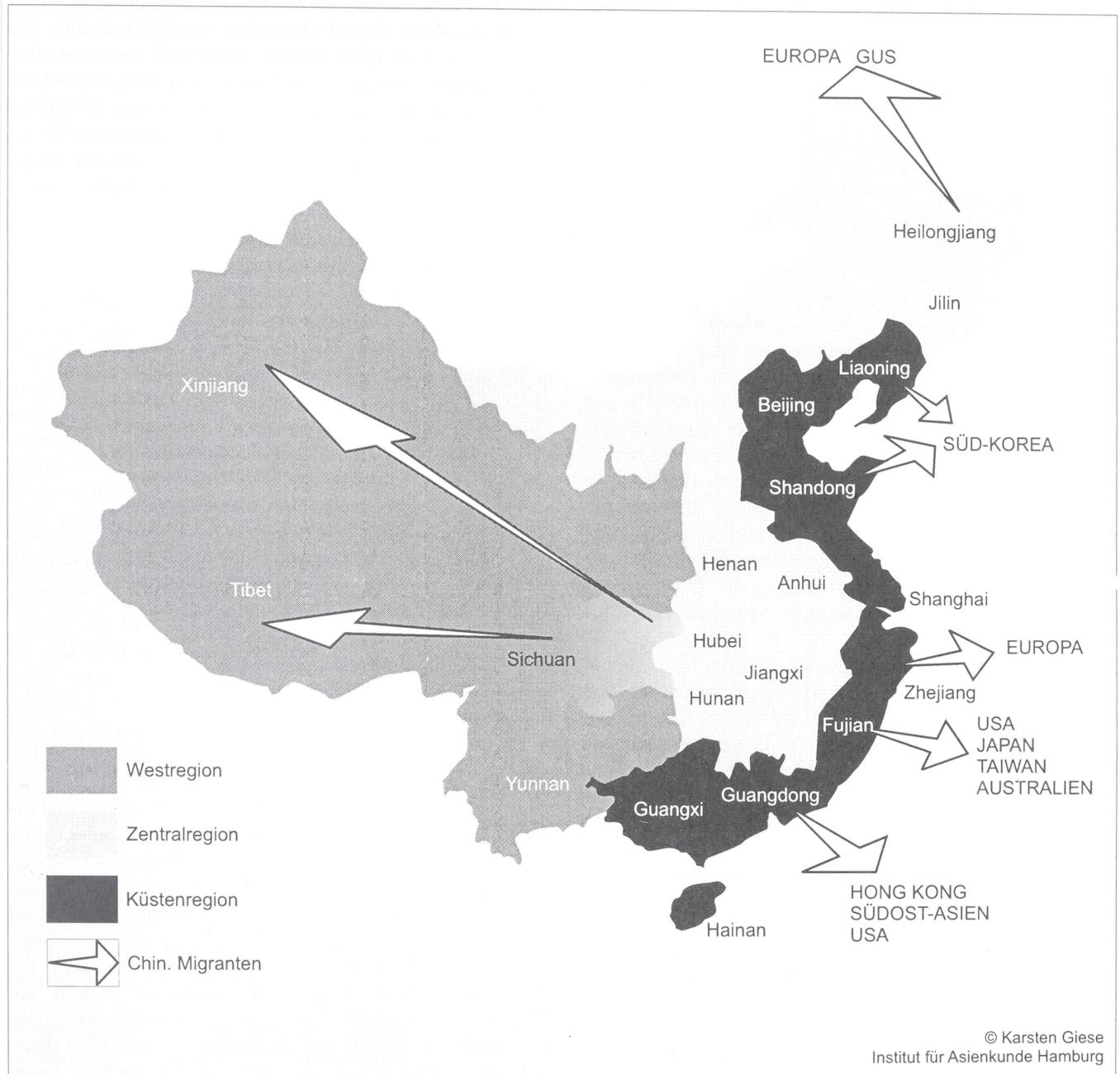
⁸⁸Ebd.; Tibet Information Network, „Dramatic transformation of Lhasa planned; new railway station announced“, in: *News Updates*, 13.6.2001, via: <http://www.tibetinfo.net/news-updates/nu13601.htm>, Aufruf: 28.5.2002.

⁸⁹Tibet Information Network 2001.

⁹⁰Vgl. u.a. *Washington Post*, 31.10.1999.

⁹¹Tibet Information Network 2001.

Karte 2: Volksrepublik China – Neue chinesische Migrationsströme der neunziger Jahre



Im Rahmen des Zehnten Fünfjahresplans 2001-2005 formulierte Zielvorstellungen der chinesischen Regierung, die Bevölkerung Lhasas solle bis zum Jahr 2005 um 30% anwachsen,⁹² sind ohne einen erheblichen Zuwanderungsschub schlicht nicht realisierbar. Da Tibet als Region Westchinas nun jedoch auch Adressat der Politik zum wirtschaftlichen Aufbau der westlichen Regionen ist, gelten auch hier die im Juli 2000 verkündeten Anreize für Migranten, die sich hier niederlassen wollen.

The system of permanent residence registration will be revised to allow people to retain their original residence registration when they come to the Western Region to invest, trade or otherwise participate in Western Region Development. Any person who owns a permanent residence and has a stable job or other reliable sources of income in a city at or below prefecture level in the Western Region may apply

for a local urban residence permit if that person wishes. This policy is intended to stimulate an appropriate shift of the rural surplus labor force and a reasonable flow of population between the regions.⁹³

Primär formuliert, um dringend benötigte Fachkräfte aus den urbanen Zentren des Ostens in die unterentwickelten Gebiete Westchinas zu locken, wird diese Politik jedoch sicher in erster Linie eine Vielzahl von Migranten auch aus Zentralchina oder anderen zu Westchina zählenden Provinzen mit großem Bevölkerungsdruck wie beispielsweise Sichuan anlocken. Mit Sicherheit mit zumindest temporär angelegter Zuwanderung verbunden dürfte auch die inzwischen begonnene Verlängerung der Bahnverbindung von Golmud in Qinghai nach Lhasa

⁹³ Circular of the State Council on Policies and Measures Pertaining to the Development of the Western Region, Beijing 2001, S.24.

⁹²Ebd.

sein, die zu den Schlüsselprojekten der staatlichen Infrastrukturentwicklungen im Rahmen der Westchinastrategie zählt.⁹⁴

Auch Xinjiang im äußersten Westen der VR China dürfte aufgrund der oben skizzierten staatlichen Politik zum Aufbau des Westens noch stärker als schon bisher zum Ziel von Migranten aus anderen Teilen Chinas werden. Nun gilt die Autonome Region Xinjiang mit ihrer großen uighurischen Bevölkerung moslemischen Glaubens bereits seit länger Zeit sowohl als Zielregion staatlicher Erschließungs- und Umsiedlungsprogramme als auch spontaner Migration. Während 1949 die Uighuren mit einem Anteil von 76% in Xinjiang die größte ethnische Gruppe darstellten und Han-Chinesen mit 6% eine sehr kleine Minderheit unter anderen bildeten, führten insbesondere die groß angelegten Immigrationsprojekte der fünfziger und sechziger Jahre zu einer grundlegenden Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Bis 1997 war der Anteil der Han-Chinesen auf 38% gewachsen, während gleichzeitig Uighuren nur noch 46,6% der in Xinjiang ansässigen Bevölkerung stellten.⁹⁵ 1999 lebten offiziellen Angaben zufolge rund fünf Millionen Han-Chinesen in Xinjiang, und auch eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung von Urumqi, Hauptstadt der Uighurischen Autonomen Region, bestand aus zugewanderten Han-Chinesen.⁹⁶

Besonders seit den neunziger Jahren zieht Xinjiang neben Händlern, Handwerkern und Industriearbeitern vor allem saisonale Landarbeiter an, die sich in der im August beginnenden Baumwollenernte verdingen und nach chinesischen Berichten innerhalb einer Erntesaison ein Einkommen erzielen können, das bis zum Fünffachen der landwirtschaftlichen Einkünfte in Zentralchina erreichen kann.⁹⁷ Äußerst umstritten und von teils gewaltsamem Widerstand der indigenen uighurischen Bevölkerung moslemischen Glaubens begleitet sind andererseits groß angelegte Projekte der Ansiedlung von Han-Chinesen zur Kolonisierung von Grenzregionen und zur Erschließung von Bodenschätzen.⁹⁸ Aus Kashgar, einer der wenigen Städte Xinjiangs, die noch immer über eine deutliche uighurische Bevölkerungsmehrheit verfügt, mehrten sich Ende der neunziger Jahre Berichte über eine wachsende Pluralisierung zwischen Uighuren und zugewanderten Han-Chinesen. Die Uighuren sahen sich von Han-Migranten aus ihren Arbeitsstellen verdrängt.⁹⁹

Nur sehr wenige Informationen sind über die Auswirkungen diverser Naturkatastrophen verfügbar, die in den neunziger Jahren in Form andauernder Dürren oder großflächigen Überschwemmungen in verschiedenen Regionen Chinas die Lebensgrundlage der örtlichen Bevölkerung bedrohten, wenn nicht gar zunichte machten. In die ausländischen Medien drangen hier lediglich einige ausgewählte Bilder von den großen Überschwemmungen entlang des Mittel- und des Unterlaufs des Changjiang in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre vor. Über die tatsächlichen Auswirkungen dieser Überschwemmungskata-

strophe auf das Migrationsgeschehen in den betroffenen Regionen wurde jedoch – von wenigen Berichten über Einzelschicksale einmal abgesehen – nichts bekannt. Die VR China hatte diesbezüglich angesichts des umstrittenen Staudammprojekts am Ausgang der Drei Schluchten des Changjiang und der damit in Verbindung stehenden ökologischen Bedenken und Massenumsiedlungen¹⁰⁰ offensichtlich wenig Interesse an großer öffentlicher Beobachtung international und auch in China selbst.

7.2.5 Internationalisierung

Als gesichert darf hingegen gelten, dass sich die Migration aus China heraus – regulär wie irregulär – weiter fortsetzte, sich ausweitete und eine fortschreitende Diversifizierung hinsichtlich der Herkunftsregionen der Migranten, der Migrationsrouten und -ziele erfuhr. Auch der Auslandstourismus als Sonderform der kurzzeitigen internationalen Bevölkerungsmobilität erlebt seit den neunziger Jahren einen bislang in der chinesischen Geschichte wohl einzigartigen Wachstumsschub. Waren es zwischen 1979 und Anfang 1995 laut statistischen Angaben aus China insgesamt nur ca. 3,33 Mio. Menschen, die das Land temporär aus Beschäftigungs-, Geschäfts- oder Studiengründen sowie zu Verwandtenbesuchen und als Touristen verließen,¹⁰¹ so verzeichnete man allein 1996 fast 1,6 Mio. touristische Auslandsreisen.¹⁰² Dieses enorme Volumen wurde erreicht, obwohl rein touristische Auslandsreisen weiterhin großen Beschränkungen unterlagen und noch unterliegen und als offiziell von der chinesischen Regierung genehmigte Ziele von touristischen Gruppenreisen, zunächst einzig Malaysia, Thailand, Singapur und die Philippinen offen standen.¹⁰³ Obgleich nur 2% aller chinesischen Staatsbürger überhaupt einen Reisepass besitzen, Auslandsreisen ausschließlich über 65 speziell dafür autorisierte Reiseagenturen abgewickelt werden können und insgesamt nur 15 Länder der asiatisch-pazifischen Region für touristische Reisen freigegeben wurden, stieg die Zahl der Auslandsreisen im Jahr 2000 auf 10 Mio. an. Das bereits erreichte Volumen und das enorme zukünftige Potenzial des chinesischen Auslandstourismus wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, das auch in Japan im selben Jahr nur 20 Mio. Auslandsreisen gezählt wurden.¹⁰⁴ In Prognosen geht man inzwischen davon aus, dass das Volumen des chinesischen Auslandstourismus bis zum Jahr 2010 auf 50 Mio. Menschen und 100 Mio. im Jahr 2020 anwachsen wird, was China zweifellos zur Nummer Eins des weltweiten Reisemarktes machen würde.¹⁰⁵

Während sich die – vielfach irreguläre – Emigration nach Südostasien, Taiwan, Japan und besonders nach Nord-Amerika als Traumziel der meisten Chinesen weiterhin primär aus Fujian und Guangdong speiste und sich chinesische Immigranten in Europa auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre vorrangig in Zhejiang rekrui-

⁹⁴ Vgl. MN, 01/2002.

⁹⁵ MN, 11/1999.

⁹⁶ MN, 12/1999.

⁹⁷ MN, 06/1997.

⁹⁸ MN, 03/1997; vgl. Tabelle 2 in: C.a., 2002/4, S.402.

⁹⁹ MN, 11/1999.

¹⁰⁰ Vgl. Teil 3.

¹⁰¹ Li Xiaoxiong, „Economic Reform, Social Change, and Illegal Chinese Emigrants“, in: *Journal of Contemporary China*, Vol.5, No.11, 1996, S.96.

¹⁰² MN, 06/1997.

¹⁰³ MN, 09/1997.

¹⁰⁴ MN, 08/2001.

¹⁰⁵ MN, 03/2001.

tierten,¹⁰⁶ wird die wachsende Zuwanderung in die Fernostregionen der GUS sowohl von nordchinesischen Arbeitsmigranten als auch von (süd)ost-chinesischen Händlern getragen. Nachdem sich der Ferne Osten Russlands Anfang 1990 von Lebensmittel- und sonstigen Güterlieferungen aus dem Westen abgeschnitten sah, konnte dieser Versorgungskrise im Rahmen des kleinen Grenzhandels sehr schnell und wirksam von Chinesen begegnet werden. Russische Produkte des täglichen Bedarfs wurden zunehmend durch chinesische ersetzt, und auch der chinesische Anteil an Joint Ventures in dieser Region bis 1993 auf 42% gesteigert. Russische Wissenschaftler gingen im selben Jahr von einem Zustrom von bis zu zwei Millionen Chinesen in dieses Gebiet aus, während die russische Regierung die Zahl chinesischer Migranten dort auf lediglich etwa 200.000 bezifferte und eine große Konzentration von Bürgern der Volksrepublik China in den Städten Wladiwostok und Chabarowsk konstatierte.¹⁰⁷ Neben dem Handel spielte auch die Beschäftigung in der russischen Land- und Forstwirtschaft eine herausragende Rolle für das starke Anwachsen des Bevölkerungsanteils chinesischer Zuwanderer; die Zahl der chinesischen Arbeitsmigranten in diesem Wirtschaftssegment wurde 1994 auf 50.000 geschätzt.¹⁰⁸ Seit Mitte der neunziger Jahre bietet der tatsächliche oder möglicherweise auf russischer Seite auch nur perzipierte wachsende Zustrom chinesischer Migranten, verbunden mit vereinzelt Berichten über unautorisierte Landnahme durch chinesische Bauern, sowohl der dort ansässigen russischen Bevölkerung als auch den russischen Behörden vor Ort zunehmend Grund zur Sorge, was dazu führte, dass diese Entwicklung 1995 als Bedrohung für die nationale Sicherheit eingestuft wurde.¹⁰⁹

Neueste Berichte weisen jedoch darauf hin, dass die Zahl der Chinesen, die sich permanent im fernen Osten Russlands niederlassen, tendenziell eher zu vernachlässigen ist, es sich vielmehr zumeist um temporäre Aufenthalte von Händlern und Bauarbeitern handelt, während die deutlich geringere Zahl der Zuwanderer primär im Gastgewerbe tätig wird. Die höchste Konzentration von Chinesen ist daher offensichtlich keineswegs in den menschenleeren Grenzregionen zu Nordostchina anzutreffen. Vielmehr ist Moskau mit einer chinesischen Gemeinde, deren Zahl auf 20.000 bis 40.000 Mitglieder geschätzt wird, der eigentliche Magnet für chinesische Migranten in Russland.¹¹⁰

¹⁰⁶Giese 1999, S.422-88.

¹⁰⁷MN, 08/1997.

¹⁰⁸MN, 06/1994.

¹⁰⁹MN, 06/1997.

¹¹⁰Vgl. NZZ, 4.4.2002.